

Jugendparlament: Mehrheitlich für anonymisierte Schularbeitsbenotung

Konsens zu fairer Beurteilung, Dissens über Bewertungsform

Wien (PK) - Mit einer Plenarsitzung im Nationalratssaal schloss das Jugendparlament einen Tag intensiver Debatten zum Thema Benotung und Leistungsbeurteilung an Schulen. Mehrheitlich billigten die MandatarInnen die im Ausschuss beschlossene abgeänderte Form der gegenständlichen Regierungsvorlage für anonymisierte Notengebung im Sinne einer objektiveren Beurteilung. Gesetzlich festgelegt wird damit, dass die Schularbeitsbenotung in Sprachfächern von zwei Lehrkräften mittels eines Zahlen-Buchstaben-Codes zu erfolgen hat. Im Zuge der Plenardebatte wurden insgesamt sechs Entschließungsanträge eingebracht, von denen vier die Zustimmung der Mehrheit fanden.

Schafft Anonymisierung gerechtere Beurteilungsgrundlage?

Die Grundsatzdebatte zur objektiven Schularbeitsbenotung eröffnete Abgeordnete Claudia HOCH (Violett). Sie brachte die kontroversen Meinungen zur gegenständlichen Novelle des Schulunterrichtsgesetzes zur Sprache, die besonders in Fragen der Finanzierung der anonymisierten Schularbeitsbenotung durch zwei Lehrkräfte auseinandergegangen seien, und kündigte dazu einen Entschließungsantrag ihrer Fraktion an, der im Verlauf der Plenardebatte eingebracht werde.

Abgeordnete Martina HUBER (Gelb) hielt fest, eine Notengebung durch zwei Lehrpersonen mache nur in Sprachfächern Sinn. Insgesamt bewertete sie die Gesetzesänderung als Schritt in die richtige Richtung, um zu einer objektiveren Beurteilung von Schularbeiten zu gelangen, wobei man vor allem mit Weiß in vielen Punkten Übereinstimmung gefunden habe.

Absolute Anonymität bei der Benotung von Schularbeiten sei unrealistisch, meinte dagegen Abgeordneter Laurin BÖSCH (Türkis). Seine Fraktion verweigere daher ihre Zustimmung zur Gesetzesvorlage. Die Türkisen stünden für die bestmögliche Ausbildung in Österreich, unterstrich er, mit dieser Novelle sei dies jedoch nicht gewährleistet.

Abgeordneter David GRABHER (Weiß) widersprach, durch die Anonymisierung von Schularbeiten werde deren faire Benotung garantiert. Immerhin würden dann persönliche Sympathien von LehrerInnen bei ihrer Notengebung keine Rolle mehr spielen.

Seine Parteikollegin Laura-Sol KOSCHIER (Weiß) sah ihre eigenen Erfahrungen in einer Montessori Schule als Beleg dafür, dass gute Ausbildung auch ohne Noten funktioniere. Im derzeitigen

österreichischen Schulsystem würden Teamfähigkeit und Selbstständigkeit nicht ausreichend gefördert, kritisierte sie, denn die Schulen seien zu sehr auf Noten fokussiert. Zudem appellierte die Weiß-Mandatarin, Lehrkräfte hätten sich vor allem als MentorInnen zu verstehen, die SchülerInnen in ihren Stärken unterstützen sollten.

Weiß-Abgeordneter Nikolas GEHRER befand, die geltende Gesetzeslage biete LehrerInnen zu viel Spielraum bei der Benotung, daher tue ein klares Benotungssystem not, bei dem keine persönlichen Sympathien schlagend würden. Besonders für SchülerInnen mit Lernschwächen stelle dies ein Problem dar, nicht zuletzt auf Grund der daraus resultierenden Nachhilfekosten, sagte er.

Mehr Objektivität durch zweifache Korrektur in Sprachfächern erhofft

Abgeordnete Ayca AYYILDIZ (Violett) bezog sich in ihrer Kritik am vorliegenden Novellenentwurf konkret auf das darin angedachte Zahlen-Buchstaben-System zur anonymisierten Benotung von Schularbeiten. SchülerInnen würden damit zu Nummern, was sich negativ auf deren Motivation auswirke und die gezielte Förderung von SchülerInnen erschwere, bemängelte sie. Die Violett-Mandatarin gab zu bedenken, bei der Leistungsbewertung sei es wichtig, auch die Persönlichkeit des/der Beurteilten miteinzubeziehen.

Dem hielt Abgeordnete Nadine HAGEN (Gelb) entgegen, die geplante Änderung im Schulunterrichtsgesetz bilde einen ersten Schritt zur Verbesserung des Notensystems. Das Einbeziehen einer zweiten Lehrkraft zur Notengebung anonymisierter Schularbeiten wertete sie als wichtig für eine objektivere Bewertung der Arbeiten. Allerdings, stellte sie klar, mache diese Art der Leistungsbeurteilung nur in Sprachfächern Sinn.

LehrerInnen hätten nach Leistung zu benoten und nicht nach ihrem persönlichen Wohlwollen, betonte Abgeordnete Romana MADERTANER (Weiß). Das mit dem Gesetzentwurf vorgesehene einheitliche Regelwerk aus Prüfungskommission und Zahlen-Buchstaben-Kombination zur anonymisierten Notengebung sei dazu der richtige Ansatz, da es Chancengleichheit für jede Schülerin und jeden Schüler biete.

Gelb-Mandatarin Julia SCHELLING bekräftigte, für alle SchülerInnen hätten gleiche Regeln zu gelten, wie es mit der Anonymisierung von Schularbeiten vorgesehen sei. Dessen ungeachtet sei eine Korrektur durch zwei Lehrkräfte in sämtlichen Fächern überschießend, bei den naturwissenschaftlichen Gegenständen etwa könne es ja immer nur eine richtige Lösung geben.

Abgeordneter Samuel NAPETSCHNIG (Weiß) zeigte sich erfreut, dass die Standpunkte seiner Fraktion bei den Ausschussverhandlungen vor allem

von Gelb mitgetragen worden seien und er bewertete auch die Unterstützung der ExpertInnen als bedeutende Grundlage für die Entscheidungsfindung über die Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs.

Weiß-Mandatarin Verena PRUTSCH führte die Festlegung eines Zahlen-Buchstaben-Codes bei Schularbeitsbenotungen auf eine Initiative ihrer Partei zurück und erklärte, dadurch werde nun für jede/n Schüler/in eine objektive Benotung möglich.

Entschließungsanträge zielen allesamt auf faire Beurteilung ab

Abgeordnete Zeynep KAZAR (Violett) brachte mit einem Entschließungsantrag die Kritik ihrer Fraktion an der geplanten Gesetzesänderung zum Ausdruck. Bei der Leistungsbeurteilung seien auch die Aufmerksamkeit von SchülerInnen, ihre Ausdauer und Selbständigkeit beim Arbeiten, Leistungsbereitschaft und Präsentation zu berücksichtigen, fordern die Violetten.

Um auch SchülerInnen mit Leistungsschwächen eine faire Beurteilung bei der Anonymisierung von Schularbeiten zu ermöglichen, drängt Gelb darauf, sich dabei vermehrt mit der Frage von lernbeeinträchtigten SchülerInnen auseinanderzusetzen, erläuterte Abgeordnete Nicola MOOSBRUGGER (Gelb). So wolle man unfaire Benotungen verhindern.

Auch wenn die Fraktionen im Plenum unterschiedliche Zugänge zur Thematik hätten, es gebe für alle doch nur ein Ziel, nämlich eine faire Benotung an den Schulen, resümierte Abgeordnete Laura TSCHALER (Türkis). Die Türkisen sähen aber in der Anonymisierung von Arbeiten einen Widerspruch zu Gemeinschaftsdenken und Toleranz, weil dies etwa in Fällen von Legasthenie auch zu Diskriminierungen führen könne, führte sie aus. Sie brachte daher namens ihrer Fraktion einen Entschließungsantrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen hinsichtlich Objektivität bei der Leistungsbeurteilung von Schularbeiten zu setzen.

Zwei Entschließungsanträge wurden von Abgeordneter Miriam HOLZER (Weiß) eingebracht. Die erste Forderung betrifft die Gewichtung der Schularbeitsnote in der Gesamtbeurteilung, die 40% nicht überschreiten solle. Weiters wollen die Weißen eine Umbenennung der Betragensnote in "Soziale Kompetenz" erwirken, denn soziale Fertigkeiten und Mitarbeit müssten bei der Beurteilung größere Bedeutung erlangen, seien sie doch für das spätere Arbeitsleben sehr wichtig, so die Weiß-Mandatarin in ihrer Erklärung.

Die Forderung auf Beachtung von Lernbeeinträchtigungen bei der Benotung verdeutlichte Abgeordnete Carina HOFER (Gelb) in einem Entschließungsantrag ihrer Fraktion und der Weißen, in dem die Bundesregierung ersucht wird, der Benachteiligung von SchülerInnen mit Lernschwächen bei der Notengebung entgegenzuwirken.

Weiß-Abgeordneter Niklas WALSER begrüßte in seiner Wortmeldung, dass durch das anonymisierte Bewertungsverfahren niemand mehr beispielsweise auf Grund der Herkunft eine strengere Benotung zu befürchten habe. In diesem Zusammenhang sei auch sein Entschließungsantrag zu sehen, in dem ein festgelegter Kriterienkatalog zur einheitlichen Benotung von Schularbeiten in jedem Unterrichtsfach gefordert wird, skizzierte der Redner.

Mit den Stimmen von Gelb und Weiß nahm das Plenum die vorliegende Novelle des Schulunterrichtsgesetzes in Fassung des Ausschussberichts an. Ebenso mehrheitlich gaben die Abgeordneten dem Gelb-Weiß-Entschließungsantrag zur Beachtung von Lernbeeinträchtigungen bei der Benotung ihre Zustimmung. Mit Mehrheit passierten auch die Weiß-Entschließungsanträge zur Umbenennung der Betragensnote und zur Erstellung eines Beurteilungskatalogs sowie der Türkis-Entschließungsantrag zur objektiven Schularbeitsbenotung das Plenum. In der Minderheit blieben dagegen Forderungen von Violett (ausgeweitete Leistungsbeurteilung) und Weiß (geringere Gewichtung der Schularbeitsnote in der Gesamtbewertung). (Schluss)